Regelmäßig berichten viele Medien über wirtschaftliche Probleme der Krim. Dass die westlichen Sanktionen der Grund für diese Probleme sind, wird jedoch meist verschwiegen. Nach einem ersten tendenziösen Bericht über die Krim muss die NZZ nun zurückbuchstabieren: «Die Sanktionen der EU lasten schwer.» Von **Christian Müller**

Dieser Artikel ist zuerst auf Infosperber erschienen

Zur Erinnerung: Die Wirtschaftssanktionen gegen die Krim sind im Jahr 2014 in der UNO mit 100 von möglichen 193 Stimmen beschlossen worden, also mit 3 Stimmen über dem absoluten Mehr. Zu den Ja-Sagern gehörten die vier europäischen Miniaturstaaten Liechtenstein, San Marino, Andorra und Monaco mit zusammen nicht einmal 200'000 Einwohnern, während China und Indien mit zusammen 2,8 Milliarden Einwohnern sich der Stimme enthalten haben. «Demokratie» der besonderen Art.

In einem Bericht von NZZ-Korrespondent Ulrich Schmid am 5. Dezember – hier vollumfänglich nachlesbar – war zu lesen, dass die Wirtschaft auf der Krim nicht gut laufe und dass die dortigen Einwohner ihre Freude an der Wiedervereinigung der Krim mit Russland nach anfänglicher Begeisterung nun gegen Ernüchterung und Enttäuschung eintauschten. Dabei wurde mit keinem Wort erwähnt, dass die wirtschaftliche Situation auf der Krim in erster Linie wegen genau diesen westlichen Sanktionen noch unbefriedigend ist. «Schuld» an der wirtschaftlich unbefriedigenden Situation auf der Krim sei, so die NZZ den eigenen Klischee-Vorstellungen folgend, natürlich Russland.

Infosperber hat sich darauf erlaubt, diesen Bericht als Verzerrung der dortigen Realität zu kritisieren: «So greift die NZZ in die Anti-Russland-Klischee-Kiste».

Nun ist in der NZZ ein zweiter Bericht von Ulrich Schmid über die Krim erschienen, und siehe da, jetzt steht da wörtlich:

> **Drückende Sanktionen**
>
> Trotz dem Boom im staatlich befeuerten Baugewerbe ist die Krim noch immer eine arme Region. Es ist nicht einfach, die Halbinsel in Fahrt zu bringen. Rund 700 000 Menschen und damit über 30 Prozent der Bevölkerung sind Pensionäre. Von ihnen hat die produktive Wirtschaft wenig. Die Sanktionen der EU lasten schwer.

Ein großer Teil des neuen Berichts beschreibt die Probleme mit dem Wasser auf der Krim,

seit die Ukraine den zu Sowjetzeiten gebauten Kanal vom Dnepr in die relativ trockene Nordkrim nach der Abtrennung der Krim von der Ukraine mit einem Damm verschlossen hat, um die dortige Landwirtschaft auszutrocknen.

Die Ukraine hat seit 1991 alles getan, um der Bevölkerung auf der Krim ihre Identität als zu Russland und zur russischen Kultur gehörig zu zerstören. Von der im Jahr 1991 der Krim via Abstimmung zugestandenen Autonomie wollte «Kiew» längst nichts mehr wissen und versuchte über 20 Jahre lang alles, den Krimeern sogar ihre Muttersprache, das Russische, auszutreiben und ihnen die ukrainische Sprache aufzuzwingen – ähnlich wie der Bevölkerung in Luhansk und Donezk. Doch während diese erzwungene «Nationalisierung» in Luhansk und Donezk zu einem Bürgerkrieg führte mit bisher bereits über 13'000 Toten – darunter auch viele Kinder als Opfer der Bombardierungen –, führte der Versuch, die Krim zu «entrussifizieren» im Frühling 2014 zu einem Referendum, bei dem die grosse Mehrheit einer Abtrennung von der Ukraine und einer Wiedervereinigung der Krim mit Russland zustimmte, die dann in kürzester Zeit auch vollzogen wurde.

Und wie reagierte die Ukraine? Sie hängte die Krim von der ukrainischen Stromversorgung ab und schloss den Kanal, der Wasser vom Dnepr über 400 km in den trockenen Norden der Krim brachte. Dadurch ist die dortige Landwirtschaft massiv betroffen, der Hunger ist nicht mehr fern.

Die Frage sei erlaubt: Ist das Abschneiden von der Wasserzufuhr völkerrechtlich und moralisch erlaubt, um ehemalige Bürgerinnen und Bürger gefügig zu machen? Und das von einem Staat, der seinerseits öffentlich behauptet, die Hungersnot «Holodomor» von 1932/33 sei bewusst von Stalin erzeugt worden und müsse international als Genozid eingestuft werden? Ist Abschneiden der Wasserzufuhr nicht ebenso die bewusste Erzeugung von Hunger?

Christian Müller, der Autor dieser Zeilen, hat im Frühling fast drei Wochen lang auf der Krim recherchiert und mit allen Bevölkerungsschichten das Gespräch gesucht. Seine sieben ausführlichen Berichte und seine Widerrede auf die verzerrte Darstellung im ersten NZZ-Bericht über die Krim können hier nachgelesen werden.
«So greift die NZZ in die Anti-Russland-Klischee-Kiste»

Zur Situation auf der Krim heute siehe

- den ersten Teil der Serie über die Krim (ein allgemeiner historischer und politischer Überblick)

- den zweiten Teil der Serie über die Krim (zu Sewastopol)
- den dritten Teil der Serie über die Krim (zu Kertsch mit den Katakomben und zur neuen Brücke auf das russische Festland)
- den vierten Teil der Serie über die Krim (über die vielen jungen Tataren, die die ihnen gebotene berufliche Chance packen)
- den fünften Teil der Serie über die Krim (über das Reisen auf der Krim als «normaler» Tourist)
- den sechsten Teil der Serie über die Krim (über einen Kongress auf Jalta zur Förderung der russischen Sprache außerhalb Russlands)
- Zum Infosperber-Dossier Krim-Sanktionen

Titelbild: Kylosova Maria/shutterstock.com